

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 11/0102/WP18
Federführende Dienststelle: FB 11 - Fachbereich Personal, Organisation, E-Government und Informationstechnologie Beteiligte Dienststelle/n:		Status: öffentlich
		Datum: 23.10.2022
		Verfasser/in: Frau Bläsius
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 29.09.2022 (öffentlicher Teil)		
Ziele: Klimarelevanz keine		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
10.11.2022	Personal- und Verwaltungsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 29.09.2022 (öffentlicher Teil).

Anlage/n:

Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 29.09.2022 (öffentlicher Teil)

N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses

10. Oktober 2022

Sitzungstermin:	Donnerstag, 29.09.2022
Sitzungsbeginn:	17:05 Uhr
Sitzungsende:	19:05 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Ratsherr Harald Baal

Vertretung für: Ratsfrau Annika Fohn

Ratsfrau Ellen Begolli

Ratsherr Birdal Dolan

ab TOP 3

Ratsfrau Elke Eschweiler

Ratsherr Achim Ferrari

Ratsfrau Ulla Griepentrog

Ratsherr Lars Lübben

Ratsfrau Sigrid Moselage

Ratsherr Wolfgang Palm

ab TOP 3

Ratsfrau Daniela Parting

bis 18:30 Uhr

Ratsfrau Dr. Margrethe Schmeer

Frau Relindis Becker

Frau Rita Dautzenberg

Herr Ludger Eickholt

Frau Jana Keller

Herr Jan Langbehn

Frau Ute Nußbaum

Abwesende:

Ratsfrau Annika Fohn

entschuldigt

als Teilnehmende der Verwaltung:

Herr Stephan Baurmann

GPR

Herr Andreas Bierfert

FB 37

Frau Monika Clemens

FB 63

Herr Norbert Dödtmann

FB 11

Herr Berthold Hammers

FB 11

Frau Cornelia Hassiepen

FB 11

Herr Michael Klee

Dez. I

Herr Dr. Markus Kremer

Dez. V

Frau Kerstin Löhner

GPR

Frau Melanie Spiegelberg

FB 11

Herr Bernd Thelen

BA 5

Herr Karlheinz Welters

GPR

als Gast:

Frau Gretel Opitz

als Schriftführerin:

Frau Kerstin Bläsius

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der öffentlichen Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 02.06.2022 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 11/0092/WP18

- 3 **Hybrides Arbeiten bei der Stadt Aachen**
Vorlage: FB 11/0097/WP18
Beratung unter TOP 3.1

- 3.1 **Hybrides Arbeiten bei der Stadt Aachen**
Vorlage: FB 11/0097/WP18-1

- 4 **Mitteilungen der Verwaltung**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau Begolli (LINKE) eröffnet um 17:05 Uhr den öffentlichen Sitzungsteil der Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses und begrüßt die Anwesenden. Es werden keine Anträge auf Änderung bzw. Erweiterung der Tagesordnung gestellt. Die Ausschussmitglieder beschließen die bestehende Tagesordnung einstimmig.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 02.06.2022 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 11/0092/WP18

Einlassungen ergeben sich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt bei 2 Enthaltungen aufgrund von Nichtanwesenheit.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 02.06.2022 (öffentlicher Teil).

zu 3 Hybrides Arbeiten bei der Stadt Aachen

Vorlage: FB 11/0097/WP18

Die Beratung erfolgt unter Tagesordnungspunkt 3.1.

zu 3.1 Hybrides Arbeiten bei der Stadt Aachen

Vorlage: FB 11/0097/WP18-1

Frau Buchem (Dez. V) und Frau Neumann (11/220) geben -wie bereits in der Vorlage angekündigt- nacheinander in einer anschaulichen Präsentation einen kurzen Überblick, sowohl über erste konkrete Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Hybrides Arbeiten“ selbst als auch über Ergebnisse der einzelnen Pilotbereiche. Darüber hinaus erfolgt ein Ausblick darauf, wie sich das hybride Arbeiten innerhalb der Stadt Aachen in Zukunft weiter entwickeln soll.

Im Anschluss an die Präsentation spricht die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Begolli (LINKE) den Vortragenden ihren Dank aus.

Herr Eickholt (GRÜNE) bedankt sich bei den Vortragenden. Die Präsentationsinhalte klängen gut und auch entsprechend zukunftsweisend. Er bitte jedoch darum, dass nicht nur Auszubildende von Beginn an einbezogen würden, sondern der Fokus auf allen Mitarbeitenden liegen müsse. Hybrides Arbeiten verändere das Arbeiten eines jeden einzelnen Mitarbeitenden. Besonders wichtig und daher ganz oben

anzusiedeln sei die Einbindung und Schulung von Führungskräften zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben in diesem vielschichtigen Kontext.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) spricht den Vortragenden ihren herzlichen Dank aus. In diesem Vortrag stecke sehr viel Arbeit. Man habe in der pandemischen Krise gemerkt, wie wichtig es sei, sich diesem Thema viel mehr zu nähern als man dies in der Vergangenheit bis dahin getan habe und unter diesen Voraussetzungen einen Notfallplan erarbeitet, damit alle Mitarbeitenden ihre Arbeit verrichten konnten. Der heutige Vortrag stelle den notwendigen weiteren Aufbau dar, um diesem Themenfeld einen Rahmen zu geben. Bei den Auszubildenden habe sie ebenfalls den Wunsch, diese bereits anfänglich einzubinden, da hier ein Austausch vor Ort sehr wichtig sei. Natürlich liege auch -zur Ermöglichung einer guten Teamführung- eine hohe Bedeutung auf der Durchführung von Führungskräfte-Coachings. Um grundsätzlich ein Gefühl dafür zu bekommen und dies auch entsprechend einordnen zu können, worauf zukünftig beim Coaching der Schwerpunkt zu legen sei, interessiere sie das Verhältnis bei der Stadt Aachen: „wer möchte lieber im Homeoffice arbeiten bzw. entschieße sich eher für hybrides Arbeiten: Führungskräfte oder die untergeordnete Schiene?“.

Ratsfrau Moselage (FDP) bedankt sich ebenfalls bei den Vortragenden. Die Komplexität des Themenfeldes sei durch die Vortragenden sehr deutlich aufgezeigt worden und daher sei der heutige Vortrag nur als Einstieg zu sehen. Es sei wichtig, dass die Mitarbeitenden einen Mehrwert in dem Angebot sehen. Um alle Mitarbeitenden mitnehmen zu können, bedürfe es daher einer niederschweligen Schulung. Sie bitte um Mitteilung, zum einen wie viele Mitarbeitende und welche Altersgruppen das Angebot annähmen und zum anderen wie vielen Mitarbeitenden von den insgesamt ca. 6000 Beschäftigten, wovon bereits 1300 Mitarbeitende im Homeoffice arbeiteten, könne insgesamt aufgrund ihrer ausgeübten Tätigkeit ein solches Angebot unterbreitet werden.

Ratsfrau Parting (SPD) spricht den Vortragenden gleichfalls ihren Dank aus. Ihre Fraktion begrüße die Aktivität in diesem Themenfeld und entsprechend auch dieses gute Angebot, im Besonderen unter dem Gesichtspunkt von Personalentwicklung und -bindung, sehr. Sie habe eine Nachfrage zur Möglichkeit der Kostenübernahme. Gebe es auch die Möglichkeit für die Mitarbeitenden, welche regelmäßig und langfristig im Homeoffice arbeiteten, die benötigte Technikausstattung durch die Stadt gestellt zu bekommen? Wie groß sei der Anteil der Mitarbeitenden, die ein städtisches Laptop haben? Müssten Mitarbeitende, die gegebenenfalls einen zweiten Bildschirm benötigten, diesen selbst anschaffen oder würden hier die Kosten von der Stadt Aachen übernommen?

Ratsfrau Griepentrog (GRÜNE) bedankt sich bei den Vortragenden für den ausführlichen Einblick in dieses Themenfeld und entsprechend auch für die Mitnahme und den Einbezug der Mitarbeitenden. Im Rahmen der Arbeitsplatzorganisation stelle sie sich die Fragen, was die Verwaltung bei der Arbeitsplatzausstattung voraussetzte und wo man an dieser Stelle die Grenze ziehe? Wer habe den Zugriff zur Regelung der Schulungsangebote und wie sähen die Rahmenbedingungen für Teilzeitkräfte aus?

Ratsfrau Begolli (LINKE) hinterfragt die Sicherstellung des Gesundheitsschutzes. Neben einer guten Büroausstattung ziele ihre Frage auch auf das soziale Miteinander ab. Wie sei es hier um die Schattenseiten in diesem Kontext bei hybrider Arbeit bestellt? Würden diese auch beleuchtet und entsprechend in die Nachbetrachtung mit einbezogen?

Frau Dautzenberg (SPD) bedankt sich bei den Vortragenden. Bezugnehmend auf die vorangegangenen Beiträge gehe es nun darum, dass die bisherige Vorgehensweise unter pandemischen Bedingungen mit in die Zukunft genommen werde und die erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen würden. In diesem Prozess befinde man sich gerade. In dem Vortrag habe ihr der Blick auf die Bürgerschaft und damit auf den Umstand von Arbeitsplätzen im Front- bzw. Backoffice gefehlt. Erfahrungswerte hätten gezeigt, dass Stellenausschreibungen mit der Möglichkeit zur Arbeit im Homeoffice bevorzugt würden. Sei die Umsetzung des hybriden Arbeitens in Bereichen mit Publikumsverkehr realistisch und werde dies im Vorfeld mitbedacht?

Frau Neumann (FB 11/220) führt zu den vorangegangenen Fragestellungen aus, dass Führungskräfte durchweg in der gesamten Pandemie beziehungsweise auf eine digitale Führung im Fokus des Geschehens gestanden hätten. Die interne Fortbildung der Stadt Aachen sei sehr frühzeitig -auch mit einer Priorisierung des Budgets zugunsten von Fortbildungen zur „Führung auf Distanz“- umgesteuert worden. Zudem habe ein Angebot zur Durchführung von Beratungsgesprächen und Kommunikationstrainings für Führungskräfte bestanden. Die Stärkung der Führungsebene in Krisenzeiten sei von Anfang an eine wichtige Zielsetzung gewesen.

In der Kernverwaltung gebe es ca. 2300 und stadtverwaltungswide inklusive der Eigenbetriebe ca. 3600 Computerarbeitsplätze. Die Hälfte der Mitarbeitenden arbeite bereits regelmäßig mobil. Grundsätzlich könne somit die Aussage getroffen werden, dass jede*r Mitarbeitende mittelbar oder aber unmittelbar von mobiler Arbeit betroffen sei. Aus diesem Grund sei die Ausarbeitung einer Rahmenvereinbarung zum hybriden Arbeiten sehr wichtig. Den Mitarbeitenden müsse zeitnah auch eine organisatorische Unterstützung an die Hand gegeben werden. Mobile Arbeit würde von mehr Vollzeit- als Teilzeitkräften und von mehr Frauen als Männern in Anspruch genommen. Zudem zeichne sich ein Trend dahingehend ab, dass mehr Frauen in den letzten Jahren im Rahmen der mobilen Arbeit ihre Arbeitsstunden erhöhen würden. Dagegen ließen sich bei den Alterskohorten keine Unterschiede erkennen.

Ausweislich der Dienstvereinbarung zur Mobilen Arbeit könne grundsätzlich jede*r, die*der über einen Computerarbeitsplatz verfüge, freiwillig an einem privaten Endgerät, wenn es die Aufgaben in Absprache mit der Führungskraft zuließen, über die Zwei-Faktor-Authentifizierung an 2 Tagen pro Woche mobil arbeiten.

Das Thema „mobile Leihgeräte“ werde gerade einer genaueren Betrachtung -auch unter haushalterischen Aspekten- zugeführt. Ein Konzept zur Entwicklung einer Leihvergabestruktur befinde sich im Aufbau.

Grundsätzlich seien alle städtischen Büroarbeitsplätze ergonomisch ausgestattet. In der häuslichen Umgebung sei der Mitarbeitende aufgrund der gewählten Freiwilligkeit für die Ausstattung seines Arbeitsplatzes selbstverantwortlich. Die Mitarbeitenden erhielten jedoch regelmäßige Schulungs- und Beratungsangebote.

Im Kontext hybrider Arbeit seien Bereiche mit Publikumsverkehr ein sehr spannendes Planungsthema. Der Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration (FB 56) habe mit dem Bereich Wohngeld einen Pilotbereich mit Publikumsverkehr einbezogen. Die Schwerpunkte hätten auf den Themenfeldern Einarbeitung, Teamorganisation und -kommunikation und Desksharing gelegen. Mobile Arbeit könne jedoch auch nur da möglich gemacht werden, wo es aufgabenbezogen auch durchführbar sei. Auf Teamebene ließen sich jedoch auch in Servicebereichen Pläne erarbeiten, welche die Möglichkeit einer ausgeglichenen Nutzung mobiler Arbeit realisierten.

Ratsherr Lübben (GRÜNE) erkundigt sich, inwieweit die Verwaltung dem Thema „Grenzpendler*innen“ Rechnung trage.

Frau Neumann (FB 11/220) betont, dass aktuell noch keine Veränderungen zur Homeoffice-Regelung für Grenzpendler*innen eingetreten seien. Die Verwaltung habe dieses Thema jedoch im Blick.

Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

Einrichtung eines Fachbereichs Digitalisierung

Herr Dr. Kremer (Dez. V) merkt an, dass im Verwaltungsvorstand die Grundsatzentscheidung getroffen worden sei, einen Fachbereich Digitalisierung einrichten zu wollen. Diese Entscheidung werde erhebliche organisatorische Auswirkungen ins Haus hinein haben. Aktuell liege die Verwaltung so im Zeitplan, dass man in der Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses am 10.11.2022 den Fachbereich in einem Organigramm vorstellen werde. Das Zusammenspiel von zentraler Digitalisierung aber auch der dezentralen Notwendigkeiten in den Bereichen sei ein spannendes Format. Formal werde die Mitteilung über die Einrichtung eines Fachbereichs Digitalisierung im Rahmen des Ausschusses für Wissenschaft und Digitalisierung am 20.10.2022 im Zusammenhang mit Digitalisierung kurz thematisiert. Die eigentliche Beratung des komplexen Themenfeldes erfolge dann in der Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses am 10.11.2022.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau Begolli (LINKE) schließt die Sitzung um 19:05 Uhr.

Ellen Begolli
Stellv. Ausschussvorsitzende

Kerstin Bläsius
Schriftführerin

gesehen:

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin